



Politischer Bericht Slowakei Februar 2006

Reformkoalition zerbricht an "Geschwisterstreit" Drei neue Minister nach Koalitionskrise ernannt Flughafenprivatisierung beschlossen

Reformkoalition zerbricht an "Geschwisterstreit" zweier christdemokratischer Parteien

Gegen alle Angriffe der Opposition konnte sich Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda über Jahre als offensichtlich



Mikuláš DZURINDA

genialer Taktiker souverän behaupten; obwohl sich seine Vierparteien-Koalition, die international mit ihren Wirtschaftsreformen für Furore sorgte, schon seit Ende 2003 im Parlament nicht mehr auf eine eigene Mehrheit stützen konnte. Sie war auf wechselnde oppositionelle und "unabhängige" Parlamentarier-Stimmen angewiesen. Doch an einem aus scheinbar "banalem"

Grund entflammten "Geschwisterstreit" zweier christdemokratischer Parteien zerbrach die Koalition Anfang Februar erstaunlich schnell: Die stark religiös katholisch geprägte Christlich-demokratische Bewegung (KDH) trat aus der Regierungskoalition aus. Ihr Parteichef Pavol Hrušovský erklärte zugleich seinen Rücktritt als Parlamentspräsident. Zugleich reichten die drei von der KDH gestellten Minister ihren Rücktritt ein: Justizminister und Vizepremier Daniel Lipšic, Innenminister Vladimír Palko und Bildungsminister Martin Fronc. Auch die formell nicht als Regierungsmitglieder geltenden KDH-Staatssekretäre legten ihre Ämter nieder. Auslöser der Regierungskrise war ein Streit zwischen der

KDH und der von Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda geführten SDKÚ-DS über einen Zusatzvertrag mit dem Vatikan. Dieser sollte weit reichende Gewissensvorbehalte für bestimmte Berufe wie Richter, Ärzte und Lehrer garantieren. Neben diesen beiden christdemokratischen Parteien gehören zur Koalition auch die ebenfalls christdemokratisch orientierte Partei der Ungarischen Koalition (SMK) und eine formell parteilose liberale Parlamentariergruppe. Die SDKÚ-DS verweigerte einem von Justizminister Daniel Lipšic (KDH) gemeinsam mit Vertretern des Vatikan ausgearbeiteten Vertragstext ihre Unterstützung. Dzurinda und der zu seiner Partei gehörende Außenminister



Eduard KUKAN

Eduard Kukan, der den internationalen Vertrag hätte unterzeichnen

sollen,

befürchteten einen

Souveränitätsverlust der Slowakei gegenüber dem Vatikan und eine Ungleichbehandlung zwischen den laut letzter Volkszählung 68,9 Prozent Katholiken und der Minderheit der Nichtkatholiken im Land. Da der Vertrag aber prinzipiell im Regierungsprogramm enthalten war, setzte KDH-Chef

Hrušovský der SDKÚ-DS ein Ultimatum, den Vertragstext spätestens am 8. Februar dem Kabinett vorzulegen und ihm dort zuzustimmen. Doch das Präsidium der SDKÚ-DS beschloss schon am 6. Februar, den Vertrag "in dieser Form" nicht zu akzeptieren - und ebnete damit den Weg zum Koalitionsaustritt der KDH: Seine Partei wolle nicht mehr mit einem "treulosen" Premier in der Regierung sitzen, der "eine Politik der Arroganz und des Machtmissbrauchs" betreibe, erklärte Hrušovský. Dzurinda legte daraufhin namens der Rest-Koalition einen zuvor mit allen Parlamentsparteien und Staatspräsident Ivan Gašparovič abgesprochenen Antrag auf vorgezogene Neuwahlen am 17. Juni vor, den das Parlament am 9. Februar annahm. Der Ministerpräsident stimmte dafür auch der von der Opposition gestellten Bedingung nach einem sofortigen Stopp aller weiteren Privatisierungen zu. Regelmäßig hätten die Wahlen erst im September des Jahres stattfinden sollen. Darüber, wie der zwischen Regierung und Opposition so rasch vereinbarte "Privatisierungsstopp" exakt zu definieren sei, wird seitdem heftig debattiert - während der eigentliche Anlass der Regierungskrise, nämlich der Zusatzvertrag mit dem Vatikan, als Thema

rasch in den Hintergrund geriet. Oppositionsführer Róbert Fico leitete aus dem Versprechen des Premiers sogleich eine Zustimmung zu seiner seit langem erhobenen Forderung ab, auch die laufenden Privatisierungen - inklusive des Eisenbahn-Güterverkehrs Cargo Slovakia, der Flughäfen Bratislava und Košice und sogar den schon im Februar 2005 unterschriebenen Verkauf der Mehrheit an den Slowakischen Elektrizitätswerken (Slovenské elektrárne - SE) an die italienische Enel zu stoppen. Der zur Dzurinda-Partei SDKÚ-DS gehörende Verkehrsminister Pavol Prokopovič hingegen erklärte, alle schon laufenden Privatisierungsprojekte würden natürlich abgeschlossen, es würden nur keine neuen Privatisierungsvorhaben beschlossen. Daraufhin drohte Fico, einen



Robert FICO

Misstrauensantrag zur sofortigen Abberufung der noch amtierenden Regierung einzubringen, falls konkret die Privatisierung der Cargo Slovakia fortgeführt werde. Ein derartiger Antrag liegt bislang allerdings nicht vor.

In den vergangenen 2 Jahren war es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den 3 christdemokratischen Koalitionsparteien gekommen.

Dabei standen zunächst Differenzen zwischen der SMK und der SDKU, insbesondere mit dem Ministerpräsidenten selbst im Vordergrund. Es gelang dem exzellenten Politmanager Dzurinda jedoch, die Woge zu glätten. Seit Sommer letzten Jahres nahmen dann die Zwistigkeiten zwischen der KDH und Dzurindas SDKU stark zu. An den beiden Parteitag im Herbst 2005 nahmen jeweils Vertreter der anderen Koalitionspartei bewusst nicht teil. Der jetzige Streit zeigt allerdings auch, dass es unterschiedliche Wertvorstellungen zwischen den beiden Parteien gibt: Ausschlaggebend für die Ablehnung des Zusatzvertrages war für Dzurinda nicht die mögliche Weigerung von Ärzten an Abtreibungen teilzunehmen, die unter bestimmten Bedingungen in der Slowakei legal ist, sondern die Tatsache, dass sich Arbeitnehmer unter Berufung auf das Abkommen der Sonntagsarbeit hätten verweigern können. Die SDKU ist eben doch eine stark neoliberal orientierte Partei, die ökonomischer Dynamik im Gegensatz zu anderen slowakischen Parteien grundsätzlich Vorrang einräumt.

Die Wirtschaft zeigt sich beunruhigt über die jüngsten Entwicklungen. In einem Gespräch führte der Geschäftsführer der Deutsch-

Slowakischen Industrie- und Handelskammer, Michael Kern, aus, dass politische Stabilität und die Fortführung der Reformen im Interesse der Wirtschaft lägen. Entscheidend, unabhängig von parteipolitischen Erwägungen, wäre, dass das Reformtempo nicht nachließe. Eine negative Entwicklung könnte Einfluss auf das Investitionsverhalten ausländischer und inländischer Investoren haben.

Ähnlich äußerte sich im Hinblick auf die außenpolitischen Konzeptionen der Slowakei der Direktor der Slowakischen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Alexander Duleba: Im Mittelpunkt stünde die Erwartung, dass sich die Politik, auch bei einem Regierungswechsel, kontinuierlich entwickle. Ein scharfer Bruch mit der bisherigen außenpolitischen Strategie der Slowakei wäre nicht wünschenswert.

Am Rande: Abberufung von Gesundheitsminister Zajac gescheitert

Dass die Rest-Koalition trotz der Regierungskrise noch nicht völlig am Ende war und auch Misstrauensanträge nicht unbedingt zu fürchten hatte, bestätigte sich schon unmittelbar nach dem Koalitionsaustritt der KDH: Ein Misstrauensantrag der Opposition ge-

gen Gesundheitsminister Rudolf Zajac scheiterte nämlich am 8. Februar, obwohl weder die SDKÚ-DS noch die KDH den wegen einer unpopulären Gesundheitsreform kritisierten parteilosen Minister verteidigte. Laut Umfragen ist die Gesundheitsreform die unbeliebteste aller Reformen der gegenwärtigen Regierung. Die Opposition brachte dennoch nicht die zur Abberufung notwendige absolute Stimmenmehrheit von 76 der 150 stimmberechtigten Abgeordneten auf. Nur 68 oppositionelle Abgeordnete stimmten für die Abberufung des Ministers. Als "klares Signal gegen die von Zajac zu verantwortende Gesundheitsreform" wertete der oppositionelle Linkspolitiker Dušan Čaplovič als Antragssteller zwar, dass nur 24 Parlamentarier ausdrücklich gegen den Misstrauensantrag gestimmt hätten. Aber für einen angeordneten Misstrauensantrag gegen Dzurinda mochte diese Abstimmung vielleicht als Präzedenzfall gelten, dass sich die Opposition ihrer Sache noch nicht zu sicher fühlen sollte. Beachtenswert in diesem Zusammenhang ist zwar, dass die KDH - für viele überraschend - den Misstrauensantrag nicht unterstützte.

Dafür signalisierte die oppositionelle ĽS-HZDS des Ex-Premiers Vladimír

Mečiar schon deutlich, dass sie einen Misstrauensantrag gegen Dzurinda nur dann für sinnvoll halte, wenn es eine klare Alternative in Form einer Nachfolgeregierung gebe. Angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse im Parlament und der Unversöhnlichkeit der größten Oppositionsparteien Smer-Sozialdemokratie (Fico) und ĽS-HZDS liest sich das wie eine Garantie dafür, dass die ĽS-HZDS einer vorzeitigen Abberufung Dzurindas nicht zustimmen wird. Als einzige mögliche Ausnahme nannte Mečiar in sonst seltener Übereinstimmung mit Fico ausdrücklich eine Fortführung der Cargo-Privatisierung durch die Regierung.

Drei neue Minister nach Koalitionskrise ernannt

Auf Antrag von Ministerpräsident Dzurinda ernannte Staatspräsident Ivan Gašparovič noch am 8. Februar drei neue Minister als Nachfolger der zurückgetretenen KDH-Minister. Da nach dem Ende der bisherigen Koalition schon am 17. Juni vorgezogene Neuwahlen stattfinden, wollte Dzurinda keine Experimente. Er schlug für alle drei Ressorts die bisherigen Staatssekretäre (Vizeminister) vor. Damit wäre gewährleistet, dass Fachleute die Verantwortung übernehmen, die schon

bisher im Ministerium ausreichende Erfahrungen gesammelt hätten und daher eine kontinuierliche Amtsführung garantieren könnten. Die mit sofortiger Wirkung zu neuen Ministern ernannten bisherigen Staatssekretäre Martin Pačdo (SDKÚ-DS) für Inneres und László Sziget (SMK) als Bildungsminister gehören den beiden größten Koalitionsparteien an. Neue Justizministerin wurde die parteilose Lucia Žitňanská, obwohl sie ursprünglich von der nun aus der Koalition ausgetretenen KDH für ihre bisherige Funktion als Justiz-Staatssekretärin nominiert worden war.

Privatisierung der Flughäfen (fast) entschieden, aber Streit um allgemeinen "Privatisierungsstopp"

Kurz vor Ausbruch der Koalitionskrise beschloss die slowakische Regierung am 1. Februar offiziell den Verkauf des Mehrheitsanteils an den beiden größten Flughäfen des Landes an ein Konsortium um den Flughafen Wien. Die Flughäfen Bratislava und Košice erleben seit einigen Jahren vor allem dank der Billigfluglinien SkyEurope und RyanAir enorme Zuwächse im Passagieraufkommen. Das Konsortium TwoOne aus dem Flughafen Wien, der österreichischen Raiffeisen Zentralbank und

der slowakisch-tschechischen Private Equity Gruppe Penta bezahlt für je 66 Prozent an beiden Flughäfen insgesamt 19,6 Milliarden Kronen (530 Millionen Euro). Darin enthalten sind allerdings acht Milliarden Kronen, die laut Kaufvertrag als Kapitaleinlage in die beiden Flughäfen fließen. TwoOne hatte in einer letzten Bierrunde ein Konsortium um die spanische Baufirma Abertis ausgestochen. Als drittbester Bieter hatte sich um den Kauf der beiden Flughäfen auch das Konsortium ISAP mit dem Flughafen Köln-Bonn beworben. Nicht völlig auszuschließen ist vorerst, dass das slowakische Kartellamt oder EU-Wettbewerbsbehörden doch noch den Verkauf der slowakischen Flughäfen an TwoOne verhindert. ISAP drohte bereits eine EU-Klage an. Das slowakische Kartellamt hatte im Vorjahr "Bedenken" gegen eine Verbindung der nur 50 Kilometer voneinander entfernten Flughäfen Wien und Bratislava geäußert. Die Regierungskrise stellt ein Risiko für den Abschluss des Geschäfts dar. Das Versprechen Dzurindas, keine weiteren Privatisierungen durchzuführen, wird zumindest von der oppositionellen Linkspartei Smer von Róbert Fico auch auf noch nicht völlig abgeschlossene Privatisierungsprojekte wie eben den

Verkauf der beiden Flughäfen bezogen.

Umfragen über Wahlchancen der Parteien

Alle bis zum Abschluss dieses Textes (10. Februar) verfügbaren repräsentativen Stimmungsbarometer zu Wahlpräferenzen stammen noch aus Meinungsumfragen, die vor dem Ausbruch der Regierungskrise durchgeführt wurden. Über Monate hinweg liegt die oppositionelle Partei Smer-Socialná demokracia (Richtung-Sozialdemokratie) von Róbert Fico klar in Führung. Fico ist danach auch der populärste Politiker. Smer-SD schwankt je nach Fragezeitpunkt und fragender Forschungsagentur seit mehr als einem Jahr zwischen über 30 und nahezu 36 Prozent. In wechselnder Reihenfolge pendelten Mečiar's L'S-HZDS und die bisherigen Regierungsparteien SDKÚ-DS, SMK und KDH sowie auch die extrem rechte Slowakische Nationalpartei (SNS) in den vergangenen Monaten um Werte rund um zehn Prozent. Auch die Kommunisten (KSS) lagen in den meisten Umfragen über der Fünfprozenthürde. Die schon im vergangenen Sommer aus der Koalition ausgeschiedene liberale Partei ANO scheint ebenso wie zahlreiche Abspaltungen

von Regierungs- und Oppositionsparteien ohne Chance auf den Parlamentseinzug. Eine Ausnahme unter den Splitterparteien könnte das von der SDKÚ-DS abgespaltene Freie Forum (SF) darstellen, das mit seiner pointierten Oppositionspolitik vor allem liberale Wähler erreicht und in den meisten Umfragen über fünf Prozent liegt.

Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Umfragen nur z. T. aussagekräftig sind. Gerade die Wähler der SMER sind ganz offensichtlich sehr wechselhaft in ihrem Wahlverhalten. SMER hat viele Sympathisanten, die einfach gar nicht zur Wahl gehen. Eine niedrige Wahlbeteiligung wird daher eher den Regierungsparteien helfen.

Die jüngste publizierte Umfrage des Instituts MVK ergibt folgendes (in der Grundtendenz mit den Werten anderer Agenturen übereinstimmende) Bild:

Partei	Stimmenanteil in Prozent
Smer-SD	31,1
ĽS-HZDS	13,4
SMK	10,6
SDKÚ-DS	9,3
SNS	8,3
KDH	7,8

SF	7,4
KSS	6,7

Neuer Verteidigungsminister nach Flugzeugabsturz

Die größte Katastrophe der slowakischen Armee und zugleich der slowakischen Luftfahrt hatte auch politische



Juraj LIŠKA

Konsequenzen: Eine Woche nachdem der Absturz eines slowakischen Militärflugzeuges 42 Menschenleben gefordert hatte, trat Verteidigungsminister

Juraj Liška (SDKÚ) am 27. Januar zurück. Am 1. Februar wurde sein Nachfolger Martin Fedor (SDKÚ), der bisherige Staatssekretär, offiziell ernannt. Eine im Jahr 1972 gebaute Militärmaschine des sowjetischen Typs Antonow AN-24 hatte



Martin FEDOR

Soldaten von ihrer KFOR-Friedensmission im Kosovo in die Heimat zurückbringen sollen, war aber beim Landeanflug auf das heimatliche Košice (Kaschau) zu früh in den Sinkflug gegangen und noch auf ungarischem Gebiet an einem Hügel zer-

schellt. Wie durch ein Wunder überlebte ein 27-jähriger Oberleutnant. Alle anderen der 43 Passagiere, durchwegs KFOR-Soldaten und andere Armeeangehörige, kamen ums Leben. Liška hatte sichtlich gerührt alle Trauerveranstaltungen für die Opfer mitorganisiert und erst danach den kaum mehr erwarteten Rücktritt angekündigt. Martin Fedor war schon bisher als Staatssekretär die Nummer zwei des Ministeriums gewesen und gehört wie Liška der "Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union - Demokratische Partei" (SDKÚ-DS) von Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda an. Mit nur 32 Jahren ist er der jüngste Minister der slowakischen Regierung. Erstaunlich an den Begleitumständen des Ministerwechsels war die Harmonie zwischen Regierung und Linksoption, die ihn begleitete. Während sich die Regierungsparteien unter Führung des Christdemokraten Mikuláš Dzurinda auf der einen und die beflügelt von guten Umfragewerten vehement an die Macht drängende Oppositionspartei "Smer (Richtung)-Sozialdemokratie" bei anderen Themen bis aufs Messer bekämpften, demonstrieren sie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik schon seit Monaten eine erstaunliche Harmonie. Mit

keinem einzigen Wort hatte die sonst so aggressiv gegen die Regierung agierende Opposition nach dem Flugzeugabsturz den schockierten Minister Liška attackiert. Über seinen designierten Nachfolger Fedor sagte der von Smer-SD gestellte Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Sicherheit und Verteidigung, Róbert Kaliňák: "Er ist der natürliche Nachfolger und wird sicher ein guter Minister sein." In den Medien war Liška zuvor sehr wohl dafür kritisiert worden, dass er angeblich sein Ressort nicht ausreichend im Griff hatte und die Armee mit veralteter Technik unterwegs wäre. Dass er ohne Drängen der Opposition zurücktrat, trug ihm respektvolle Reaktionen ein und wurde von Politologen positiv gewertet.

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Verbindungsbüro Bratislava**

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Christoph Thanei

Zelená 8

811 01 Bratislava
Tel.: 00421-2-5441 9438
Fax: 00421-2-5441 9441
Email: kasslovak@nextra.sk
Web: www.kas.de/bratislava